

# Gessertshausen will eine „Nordumgehung“

Rat schlägt Streckenführung vor — Noch Zukunftsmusik

Von unserem Redaktionsmitglied Margret Sturm

**GESSERTSHAUSEN.** Nach ausführlicher Diskussion hat sich der Gemeinderat von Gessertshausen für eine Variante der Umgehungsstraße B 300 entschieden. Er sprach sich bei einer Gegenstimme für die Streckenführung aus, die nördlich der neuen Bahnlinie verlaufen soll (wir berichteten). Die Straße soll durch zwei Unterführungen und über eine Brücke geleitet werden. Zwar steht noch nicht fest, ob und wann die Umgehung verwirklicht wird. Doch das Ratsgremium vertritt die Ansicht, daß durch den Ausbau der Bahnstrecke Augsburg — Günzburg heute schon Tatsachen geschaffen würden, die eine spätere Umgehung beeinflussen oder gar verhindern könnten. Aus diesem Grund solle die Straße schon jetzt bei den Ausbaumaßnahmen berücksichtigt werden.

Zur Debatte stand neben der beschlossenen und von Bürgermeister Dieter Merz ausgearbeiteten Lösung noch die bisherige Version einer Umgehung. Demnach sollte die Straße auf der Trasse der Bundesbahn verlaufen, nachdem diese nun im Zuge der DB-Ausbaumaßnahmen in Richtung Schmuttertal verlegt wird. Bürgermeister Dieter Merz gab zu bedenken, daß diese Straße die Staudenbahn mindestens einmal kreuzen werde. Außerdem müßten laut Forderung der Deutschen Bundesbahn die Gütergleise in diesem Bereich überbaut werden. Merz: „Das läuft auf eine Hochtrasse hinaus.“

## Vorrang für Nahverkehr

Weiter kritisierte Merz, die Gestaltungsmöglichkeiten am Bahnhof seien mit der bisherigen Version stark eingeschränkt. So sei im Nahverkehrskonzept vorgesehen, mit dem Bus direkt an die Schiene zu fahren. Dazu müsse jedoch ausreichend Platz vorhanden sein, andernfalls lasse sich diese Idealbedienung nicht verwirklichen. Der Bürgermeister warnte davor, den derzeit in Gessertshausen vorgesehenen „Verkehrsknotenpunkt“ mit einem Busbahnhof für sieben Buslinien zu gefährden, indem die optimalen Bedingungen auf das Maß heruntergeschraubt würden, das auch die Nachbarbahnhöfe zu bieten hätten. Die von ihm ausgearbeitete Trasse räume dagegen den Nahverkehrskonzept Vorrang ein.

Gemeinderat Anton Schmid (FWV) betonte weitere Vorteile dieser Trasse. So sei sie von der Bebauung im Ort weiter entfernt als die ursprüngliche Version, was den Bürgern zugute komme. Sie ermögliche der Gemeinde, ihr Gewerbegebiet in der vorgesehenen Form zu planen. Und schließlich könne auch die Kreisstraße von Deubach auf diese Weise an die zukünftige Umgehung angebunden werden. Bei der anderen Trasse sei dies überhaupt nicht möglich, favorisierte auch CSU-Fraktionsvorsitzender Josef Kastner die von Merz vorgeschlagene Lösung.

Zweiter Bürgermeister Manfred Kopp sagte, grundsätzlich könne er sich ebenfalls mit der neuen Variante anfreunden. Freilich stelle sie einen Eingriff ins Schmuttertal dar von mindestens 40 bis 50 Metern. Sollte die Umgehung tatsächlich irgendwann gebaut werden, seien deshalb erhebliche Schwierigkeiten mit dem Naturschutz vorprogrammiert. Kopp: „Die Einwände könnten dann das ganze Projekt an dieser Stelle zu Fall bringen.“ Freilich sei dann — in mehreren Jahren — auch an der bisher vorgesehenen

Stelle kein Platz mehr für die Umgehung. „Dann wird Gessertshausen leer ausgehen.“

## Teure Bauwerke nötig

Weiter wies der zweite Bürgermeister darauf hin, daß für die Trasse von Merz drei teure Bauwerke und Grundwasserwannen nötig seien. Bei der weiter innen liegenden Umgehungsstrecke entfielen solche Vorleistungen, für die das Straßenbauamt zur Zeit ohnehin kein Geld übrig habe. Kopp: „Auch wenn wir uns jetzt schon dafür einsetzen, daß die Umgehung einmal durch die beiden Unterführungen geleitet werden soll, werden die Bauwerke nicht breiter angelegt.“ Die Gemeinde sichere sich durch diese Forderung höchstens rechtlich ab. Genau das verlangte Gemeinderat Schmid: „Wir sollten uns schriftlich zusichern lassen, daß die Trasse später nicht abgelehnt werden kann, nur weil die Bauwerke nicht ausreichend dimensioniert sind.“

Doch gegen die Trasse von Merz wurden noch weitere Argumente vorgebracht. Otto Hochmuth (CSU) meinte, sie gehe durch die besten landwirtschaftlichen Grundstücke. Dem widersprach Alois Bauer sen. (SPD): es handele sich hier lediglich um saure Wiesen. Technische Bedenken äußerte Anton Mayer (CSU): Die Unterführung bei der Firma Molfenter — zur Zeit nur als Wirtschaftsweg genutzt — sei jedes Jahr zu bestimmten Zeiten überflutet.

## Für Planung kein Geld

Angesichts der vorgebrachten Einwände meinten Josef Kastner und Otto Hochmuth, man müsse einen Fachmann einschalten und dürfe sich zeitlich von der Bundesbahn nicht unter Druck setzen lassen. Hochmuth regte sogar an, der Bundesbahn und dem Straßenbauamt die Planung zu übertragen. Dazu Bürgermeister Merz: „Selbst für die Planung hat das Amt zur Zeit kein Geld übrig.“ Der Gemeinderat müsse sich auf jeden Fall für die eine oder andere Lösung entscheiden, das könne ihm niemand abnehmen. „Und wir sollten die Ideallösung fordern. Wenn das nicht geht, können wir uns später immer noch auf das Machbare beschränken.“ Schließlich stimmten alle Gemeinderäte bis auf Anton Mayer (CSU) für die von Merz ausgearbeitete Lösung. Außerdem wurden die Fachbehörden dazu um Stellungnahme gebeten. Die planerischen Voraussetzungen sollen im Flächennutzungsplan aufgenommen werden.